

## Blairs vorsichtige Ambitionen für Britannien

### *Die Liberaldemokraten in der Rolle der Linkspartei*

Labour und Liberaldemokraten haben ihre Manifeste für die britischen Unterhauswahlen am 7. Juni veröffentlicht. Premierminister Blair verspricht in seiner zweiten Amtszeit auf stabiler wirtschaftlicher Basis mehr Investitionen zur Erneuerung der öffentlichen Dienstleistungen. Kennedys LDP will Labour in dieser Hinsicht übertreffen.

*pgp. London, 16. Mai*

Eine Woche nach Beginn der Wahlkampagne haben alle wichtigeren britischen Parteien die Karten in Form ihrer Wahlmanifeste offen auf den Tisch gelegt. Die Konservativen waren letzte Woche mit ihrem Programm vorgeprescht; am Dienstag und Mittwoch folgten nun die Liberaldemokraten (LDP) und Labour.

#### **Investitionen im Tausch gegen Reformen**

In Begleitung seiner Kabinettsminister hat Premierminister Blair sein zweites Regierungsprogramm in Birmingham vorgestellt, im Herzen Englands, wo die Wähler der Mitte am heftigsten umworben werden und der Ausgang in vielen Wahlkreisen knapp sein wird. Blair wiederholte seine Einschätzung, dass Labour in den letzten vier Jahren viel erreicht habe, dass aber noch viel mehr zu tun bleibe. Diese Formel soll zugleich den vorsichtigen Start seiner Regierung und ihren Anspruch auf weiteres Vertrauen der Wähler rechtfertigen. Es gehe im Kern um zweierlei: die stabile Wirtschaft noch weiter zu stärken und auf dieser Basis substanzielle Investitionen zur Erneuerung der öffentlichen Dienstleistungen zu tätigen. Grossbritannien sei die viertgrösste Wirtschaftsmacht der Welt, und es sei an der Zeit, dem Land die Dienstleistungen von Weltklasseniveau zu geben, die es verdiene.

Seit Jahren werfen die Liberaldemokraten der Regierung Blair mangelnden Mut und Ehrgeiz vor. Nicht zufällig ist Labours Manifest deshalb mit «Ambitions for Britain» betitelt. Im Wesentlichen enthält es einen Strauss von Vorhaben, die bereits während der letzten 12 Monate in Budgetplänen des Schatzamts und Reformplänen einzelner Ministerien angekündigt worden sind. Neu, aber keineswegs überraschend ist das Versprechen, auch in der nächsten Parlamentsperiode die Steuersätze für mittlere und höhere Einkommen unverändert zu lassen, während den Kleinverdienern Erleichterungen winken. Grössere reale Mehrinvestitionen beabsichtigt Labour vor allem im staatlichen Schulwesen und Gesundheits-

dienst, zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und zur Stärkung der Polizei.

#### **Labour – die Partei der Wirtschaft**

Die von den staatlichen Diensten als Gegenleistung für aufgestockte Mittel geforderten Reformen sollen laut Blairs Worten durch keine dogmatischen Barrieren behindert werden, also auch Privatisierungen oder öffentlich-private Partnerschaften einschliessen. Der Premier und Schatzkanzler Brown haben in der ersten Wahlkampfwoche grösstes Gewicht darauf gelegt, Labour als Partei der Wirtschaft zu präsentieren; dazu dienten unter anderem eine Rede Blairs vor Unternehmern am Dienstag und ein offener Brief in der «Times», in dem einflussreiche Wirtschaftskapitäne die Regierungspartei unterstützten. Dieser Kurs dürfte bei Lehrern, Ärzten und Gewerkschaften auf einigen Widerstand stossen. Wie schon 1997 ist Blair jedoch auch bei diesen Wahlen entschlossen, in erster Linie um die Stimmen im politischen Zentrum und im Mittelstand zu kämpfen und in zweiter Linie um jene der traditionellen Wählerschichten Labours. Ihnen werden immerhin eine Erhöhung des Mindestlohns, die Fortsetzung des Arbeitsbeschaffungsprogramms unter dem Titel des «New Deal» sowie weitere soziale Verbesserungen versprochen.

Zurückhaltend gibt sich die Regierungspartei bezüglich Verfassungsreform und Europapolitik. Weder von einer substanziellen Neugestaltung des Oberhauses noch von einer baldigen Änderung des Wahlsystems auf nationaler Ebene in Richtung Proporz ist verbindlich die Rede. Auf Fragen von Journalisten liess Blair zwar klarer als auch schon durchblicken, dass ihm am Beitritt Grossbritanniens zur Euro-Zone grundsätzlich liegt, doch bleibt letztlich offen, ob Labour ein Referendum darüber in den nächsten Jahren für opportun halten wird.

Den traditionellen sozialdemokratischen Ort im politischen Spektrum Britanniens hat New Labour zugunsten einer diffusen Position der Mitte aufgegeben. Blairs jüngste Definition des dritten Wegs – einer Etikette, die er heute freilich

meidet – lautet, dass es im 21. Jahrhundert möglich sei, eine wirtschaftsfreundliche Politik mit sozialer Gerechtigkeit und staatlich geförderter voller Entfaltung des Potenzials aller Individuen zu verbinden. Man könnte dieses politische Chamäleon «Sozialliberalkapitalismus» nennen.

### Steuererhöhungen als Wahlversprechen

Das Wahlmanifest der Liberaldemokraten Charles Kennedys steht unter dem Titel «Freiheit, Gerechtigkeit, Redlichkeit». Freiheit steht für eine Anzahl klassischer liberaler Postulate, welche die Partei der Tendenz Labours zur zentralstaatlichen Kontrolle entgegensetzt. Die 1997 vom damaligen Parteichef Ashdown hervorgehobenen Anliegen der Einführung des Proporz in den Unterhauswahlen und der vorbehaltlosen Integration in die EU behält die LDP bei. Doch Priorität legt sie jetzt eindeutig auf Sozialpolitik und Ausbau staatlicher Dienstleistungen, und zwar in energischerem Mass, als dies Blair vorschwebt; dieser wird von Kennedy denn auch als ängstlich bezeichnet. Gerechtigkeit steht deshalb für wesentlich mehr Krankenpfleger, Hebammen, Ärzte und Spitalbetten und für freie Sehtests und Zahnkontrollen im National Health Service, für mehr Lehrer und kleinere Klassen in den Staatsschulen, für die Ab-

schaffung der Studiengebühren an den Hochschulen und für deutlich höhere Renten.

Redlichkeit schliesslich attestieren sich die Liberaldemokraten, weil sie zur Finanzierung dieser Mehraufwendungen eine höhere Besteuerung der mittleren und hohen Einkommen fordern. Sie halten ein solches Versprechen in einem Wahlkampf nicht für selbstmörderisch, weil sie, wie übrigens auch parteiunabhängige Meinungsforscher, zum Schluss gekommen sind, dass der britischen Bevölkerung heute mehr an einer substantiellen Verbesserung der chronisch ungenügenden öffentlichen Dienste liegt als an niedrigen Steuern. Steuergeschenke im Wahlkampf haben in der Vergangenheit weder Labour noch die Konservativen an der Regierung davon abgehalten, die Fiskallast zu erhöhen, wenn ihnen das zweckdienlich erschien; Brown hat in den letzten vier Jahren zwar die Einkommenssteuerquoten nicht angetastet, aber auf anderen, verschlungeneren Wegen für Mehreinkünfte gesorgt. Für den linksgerichteten «Guardian» hat nach Labours Rechtsrutsch nun definitiv die LDP die Rolle der demokratischen Linkspartei im politischen Spektrum Grossbritanniens übernommen.